

## **Beschluss- (Resolutions-) Antrag**

der Gemeinderät\*innen Peter Florianschütz, MA, MLS, Marina Hanke, BA (SPÖ), Mag.a Dolores Bakos, BA, Thomas Weber (NEOS), Nikolaus Kunrath, Mag.a Berivan Aslan (GRÜNE), Mag.a Caroline Hungerländer, Hannes Taborsky (ÖVP)

### **betreffend die Verurteilung des Angriffs auf die Ukrainische Republik**

eingbracht zur **Post 2** in der Sitzung des Wiener Gemeinderates am 30. März 2022

Am 24. Februar 2022 hat die Russische Föderation unter Präsident Wladimir Putin einen Krieg gegen die unabhängige Republik Ukraine begonnen. Diesen völkerrechtswidrigen Angriff verurteilen wir auf das Schärfste. Dieser Krieg bringt unvorstellbares und lebensbedrohliches Leid für die gesamte Bevölkerung der Ukraine. Frieden und Sicherheit sind in ganz Europa beeinträchtigt.

Österreich ist in Fragen der Einhaltung von völkerrechtlichen Bestimmungen und Prinzipien der Menschenrechte, Solidarität und Humanität nicht neutral. Jede Form von Krieg stellt für die betroffenen Menschen eine lebensbedrohliche Katastrophe dar und muss umgehend beendet werden.

Wien hat eine lange Tradition als Stadt des Friedens und der Begegnung und ist nicht zuletzt als Menschenrechtsstadt und als Standort der Vereinten Nationen der Völkerverständigung und dem internationalen Frieden verbunden.

Durch Präsident Putins Angriffskrieg kommt es an den Grenzen der Europäischen Union zu einer ungeahnten humanitären Katastrophe. Millionen von Menschen sind bereits auf der Flucht. Die Wiener Stadtregierung und die Bundesregierung haben ihre Bereitschaft zu rascher und entschlossener Hilfe erklärt. Diesen Schritt unterstützt der Wiener Gemeinderat ausdrücklich. Unser großer Dank gilt in diesen Tagen und Wochen der Hilfsbereitschaft der österreichischen Bevölkerung und der unermüdlichen Arbeit zahlreicher Hilfsorganisationen.

Der 24. Februar 2022 markiert eine Zeitwende in Europa. Frieden und Sicherheit sind auf dem gesamten Kontinent beeinträchtigt. Die Fluchtbewegung, die dieser brutale Krieg ausgelöst hat, ist die größte innereuropäische seit 1945. Zudem stecken die Staaten der Europäischen Union in einem großen bzw. grundlegenden Dilemma. Die aktuelle Abhängigkeit in Bezug auf die Energiepolitik muss ein schnelles Ende finden. Wien wird seinen Beitrag leisten und mitwirken, die Abhängigkeit durch einen raschen Ausstieg aus der fossilen hin zu einer ökologisch nachhaltigen Energiewirtschaft zu beenden.

Die unterzeichnenden Gemeinderät\*innen stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

## **Beschluss- (Resolutions-) Antrag**

1. Der Wiener Gemeinderat verurteilt den Angriff der Russischen Föderation unter Präsident Wladimir Putin auf die Ukrainische Republik auf das Schärfste. Unsere Solidarität gilt der ukrainischen Bevölkerung und allen von diesem Vorgehen betroffenen Menschen.
2. Der Wiener Gemeinderat unterstützt die Bemühungen der Bundesregierung, sich für eine Waffenruhe und weiterhin strikt für die Einhaltung des Völkerrechts, der UNO-Satzung und der Prinzipien der Schlussakte von Helsinki einzusetzen sowie in der gegenwärtigen Situation laufende Bemühungen für eine Rückkehr zu einer diplomatischen Verhandlungslösung weiterhin zu unterstützen.
3. Der Wiener Gemeinderat spricht sich für eine friedliche Lösung des Konfliktes aus und unterstützt alle Aktivitäten auf internationaler Ebene, um dieses Ziel zu erreichen. Wir unterstützen die österreichische Bundesregierung, im Rahmen ihrer Möglichkeiten in diese Richtung aktiv zu werden. Wien wird immer als Ort für Verhandlungen für Frieden und Sicherheit zur Verfügung stehen.
4. Der Wiener Gemeinderat begrüßt alle Aktivitäten der Stadt Wien, auf internationaler Ebene, besonders im Ausschuss der Regionen (AdR) und im Kongress der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE), an Entwicklungen friedlicher Lösungen mitzuwirken.
5. Der Wiener Gemeinderat unterstützt die Bundesregierung bei der Bekundung ihrer Solidarität mit der Bevölkerung in der Ukraine, weiterhin humanitäre Hilfe bereitzustellen und bei Bedarf, OSZE Sonderbeobachtungsmissionen zu unterstützen.
6. Österreich und die Europäische Union müssen sich unabhängig von fossiler Energie machen. Der Wiener Gemeinderat bekennt sich zu einer Neuausrichtung der österreichischen Energiepolitik.
7. Auch die Stadt Wien soll die vollständige Unabhängigkeit von fossiler Energie anstreben. Der Wiener Gemeinderat unterstützt Maßnahmen zur Reduktion der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern. Bereits geplante Schritte zur Dekarbonisierung der Fernwärme und zur Mobilitätswende müssen forciert und baldmöglichst umgesetzt werden.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.

Wien, 30. März 2022